

Leipziger Tageblatt

und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 272.

Dienstag 1. Oktober 1907.

101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

- Der Kaiser wird am 7. Oktober zu den Heilungsfeierlichkeiten in Karlsruhe eintreffen.
Sant'antlicher Befamtmachung im 'Dresdner Journal' wird der sächsische Landtag auf den 15. Oktober einberufen.
Dernburg wird heute von seiner Reise im Usambara-Gebiet nach Tanga zurückkehren.

Zur Tabakbesteuerung.

In fast allen Kulturstaaten, in denen man ein indirektes Steuer-System hat, sind drei Warengruppen immer ganz besonders gern als Steuerobjekte erwählt worden: der Zucker, die alkoholischen Getränke und der Tabak mit den Tabakfabrikaten.
Vollständigste Steuer auf den Tabak ist die Besteuerung der Zigaretten. Sie wurde in Deutschland erst im Jahre 1906 eingeführt.

Table with 3 columns: Land, Tabak und Steuerverbrauch, and ca. kg. Rows include Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Vereinigte Staaten, Russland, and Niederlande.

Abgesehen von den Holländern, die sehr wenig Einnahmen aus dem Tabak ziehen, und den Russen, bei denen der Tabakkonsum (des Zigarettenrauchens wegen) wenig ins Gewicht fällt, haben also die Deutschen absolut und relativ die niedrigste Tabaksteuer zu tragen.

Nachdem nun die oft diskutierten Ideen einer Tabakfabriksteuer nach russischem oder amerikanischem System, wie sie schon Riquel einführen wollte und wozu man mit der Zigarettensteuer einen ersten Schritt getan hat, von allen Interessententeilen auf das entschiedenste bekämpft wurden, sind bekanntlich der einzige Zeit Verächter aufgetaucht, wonach die Reichsregierung dem alten Projekt eines Tabakmonopols wieder näherzutreten sein soll oder doch den Tabak weit höher bewerten will.

Son rein finanziellen Standpunkt aus und unter einseitiger Berücksichtigung der Interessen der Reichskasse läßt sich gegen das Projekt

nichts Stichthaltiges sagen. Das muß ehrlicherweise zugegeben werden. Um so angreifbarer aber erscheint es vom sozialpolitischen und allgemein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus betrachtet.

Deutschlands Tabakindustrie produzierte im Jahre 1903 für 388,8 Millionen Mark, in 6808 Betrieben mit 146 094 Arbeitern, denen ca. 80 Millionen Mark Löhne gezahlt wurden, also etwa 545 Mark pro Kopf. Dazu treten die ihrer Zahl nach nicht genau zu bestimmenden Arbeiter in den Nebenbetrieben (Zigaretten- und Ristentabriken, Transportgewerbe usw.).

Auch jede erhöhte Besteuerung des Tabaks hat ihre großen Vordenten, wie wir noch auszuführen Gelegenheit haben werden, wenn ein solches Projekt in greifbarer Gestalt vor uns steht.
Doch freilich, das Reich braucht Geld! Warum nimmt man es denn aber nicht vorher, wo es noch zu finden ist, ohne daß man unerbittliches soziales Unheil anrichtet, oder wenigstens die Gefahr für solches heraufbeschwört?

Die Holländerreise am Kap.

Unter der Form einer konstitutionellen Krise hat der Kampf um die Herrschaft des Holländerturns auch in der Kapkolonie zunehmend ein entscheidendes Stadium erreicht. Außerlich sieht es nicht an Parallelen zu dem mütterlichen Rängen zwischen Unterhaus und Oberhaus.
Als Dr. Jamieson, der ehemalige Transvaalvizekönig und gegenwärtige Transvaalminister Cecil Rhodes, nach den Hauptstädten im Februar 1904 nach Kapstadt kam, verlegte er im Laufe der Verhandlungen über eine Verträge von nur 7 Stimmen, im Oberhaus (Legislative Council) unter 26 Mitgliedern nur über 1 Stimme Majorität.

Die Bedeutung dieser Schwierigkeit war so groß, als auch der Legislative Council aus direkten Wahlen hervorgeht; die auf 7 Jahre gewählten Oberhausmitglieder haben nur eine erheblich größere Befähigung zu erlangen, als die 5 Jahre währenden Commoners.
Schon dadurch wird das landbesitzende Holländerelement begünstigt. Die Bundesverwaltung hatte aber die Wahlkreisverteilung noch zu Ungunsten des holländischen Elementes verfahren.
Deshalb war nach Jamiesons Amtsantritt eine der ersten Maßnahmen des neuen Kabinetts die Additional Representation Act. Ueber diese kam es zu außerordentlich heftigen Kämpfen. Die Obstruktion des Unterhauses konnte nur durch den 'Berrat' des Speakers beseitigt werden, der die Opposition durch Nachschickungen erschöpfte.

Die Jamieson-Regierung hat es noch zuletzt mit ihren eigenen radikalen Anhängern durch ein Zugeständnis an die Holländer verborgen, durch den Wegfall der, welcher größere Freiheit des Alkoholverkaufs an die Raffineriearbeiter genehmigen sollte, aber vor dem Proteststurm der Progressiven zurückgezogen werden mußte. Im übrigen trägt das Jamieson-Kabinet den alten Charakter seiner Verhältnisse. Es fand das Land in einer finanziellen Krise. Sir Gordon Sprigg hatte ein großes Programm öffentlicher Arbeiten, namentlich unrentable Nebenbahnen, auszuführen begonnen, von denen hauptsächlich die holländischen Farmer profitierten.

Näheres über Tabaksteuern und Tabakmonopol in Grotzowid, Die Tabakindustrie. (Erscheint im Oktober bei Ernst Reinhold Verlag, Stuttgart.) Preis geb. 2,50 A.

auch den Briten, die Gehälter. Die finanzielle Lage des Staates ist heute gesund, aber die Regierung nicht sonderlich beliebt.
18. November dauert, wird der Kaiser nach einem Berliner Telegramm vom Vizekönig 'Lithuan' vom Fürsten Bialostok begleitet sein.
Das 'D. T.' erzählt, lehrt Fürst Bialostok von Norden, nicht direkt nach Berlin zurück. Er wird vielmehr heute nachmittags im Parkhotel Klein-Platz bei Hamburg erwartet, wo er 14 Tage Aufenthalt zu nehmen gedenkt.

Deutsches Reich.

Leipzig, 1. Oktober.

Fürst Bialostok. Bei seinem Besuch in England, der vom 11. bis 18. November dauert, wird der Kaiser nach einem Berliner Telegramm vom Vizekönig 'Lithuan' vom Fürsten Bialostok begleitet sein.

Zum Tode des Großherzogs von Baden. Es steht jetzt folgendes Programm für die Ueberführung der Leiche des Großherzogs von der Mainau nach Karlsruhe am Mittwoch fest. Nachdem früh 7 Uhr in der Schloßkirche ein Gottesdienst stattgefunden hat, wird der Sarg zum Dampfschiff 'Kaiser Wilhelm' getragen, welches Transvaal trägt. Am Abend um 10 Uhr, wie in Konstanz, wird eine Ehrenkompanie des Infanterie-Regiments 114 Aufstellung nehmen.

Die preussischen Volksschullehrer. Gegenüber einer Motion der Reichsversammlung, nach der dem Landtag in der nächsten Session nach der Reichsversammlung vorgelassen werden sollte, erklärt die Reichsversammlung, die Verhandlungen zwischen dem Reichstag wegen Verbesserung der Gehälter der Volksschullehrer seien im vollen Gange; ob aber die Verträge bis zur Landtagssession zustande kommen?

Eine Bremer Senatswahl. Man schreibt uns aus Bremen: Es wird anderwärts vielleicht einiges Aufsehen erregen, daß hier ein Mann zum lebenslänglichen Senator gewählt ist, der freilich auf der allerhöchsten Warte steht. Der neue Senator, bisherige Landespräsidenten R. v. Hoff ist seit langen Jahren Senator (b. h. Vorsitzender des Gemeindevorstandes) der Martinigemeinde.
Deren Namen Schmalz, Kallhoff, Apfeln und Heiden sind der Ortshistorie nicht bloß in Bremen, sondern ganz besonders bekannt. Am weitesten links stand wohl Kallhoff, der den Vorsitz im holländischen Provinzialparlament übernommen hatte, woran viele Leute besonders lebhaft Anteil nahmen, weil er damals Vizepräsident einer christlichen Gemeinde war. Neben ihm stand der Vizepräsident einer freireligiösen Gemeinde in Bremen. Er ist erst vor kurzem zum Vizepräsidenten in der Martinigemeinde gewählt. Als das geschah, hat die Ortshistorie alles auf, um den Senat zur Verlegung der Bestimmung zu bewegen. Allein dann gibt die Verfassung dem Senat nur aus äußeren Umständen das Recht, aber niemals aus Gründen des Glaubens. Daher ist denn Heiden bestätigt worden. Vorsitzender des Gemeindevorstandes dieser Gemeinde ist der neue Senator Dr. Kirchhoff. Bei der Wahl in den Senat hat der Senat selber das Recht, einen ihm ungenügenden Kandidaten fernzuhalten. Er hat davon keinen Gebrauch gemacht. Im Plenum der Bürgerchaft, die die entscheidende Wahl vorzunehmen hat, erhielt Kirchhoff 97 gegen 26 Stimmen, welche leichter aus 2 Gemeindeflecken. Im Senat war bisher schon eine starke liberale Mehrheit. Sie ist also erhalten geblieben; verfehlt kann man nicht sagen, weil auch der entscheidende Senator sehr weit links stand. Politisch steht Kirchhoff auf dem Boden des Liberalismus.

Hg. Parteitag der Deutschen Volkspartei. In Konstanz trat am Sonntag unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung der 27. Parteitag der Deutschen Volkspartei zusammen. Im Mittelpunkt der politischen Verhandlung stand das Referat des Reichstagsabgeordneten Payer über: Die politische Lage. Der Redner ging von dem Ausfall der Reichstagswahlen aus, bei denen die Deutsche Volkspartei im Bund mit den anderen liberalen Parteien und in bitterster Feindschaft mit den Sozialdemokraten gekämpft habe. Die Sozialdemokratie habe in finanzieller Hinsicht und belagenderweise Anzuchtlichkeit den erbittertesten Gegner des politischen Fortschritts, das Zentrum, fast überall den Liberalen vorgezogen. Dadurch sei weiten Kreisen ein tieferer Einblick in sozialdemokratisches Denken und Handeln eröffnet worden als je zuvor. Redner erörtert sodann den derzeitigen Stand der liberalen Parteien im Lande. Zwar sei eine Einigung der drei freisinnigen Parteien noch nicht erfolgt, doch dürfe man getrost sagen, daß der richtige Geist gefunden sei, um die Form der Einigung lebendiger zu machen. Deshalb schwebten die freisinnigen Wähler im Lande Obre und Dank dem guten Willen der Führer zur Einigung. Dem Volk gegenüber seien alle freisinnigen nächsten Geschichtsleute. Die Verhältnisse im Deutschen Reich liegen augenblicklich so, daß vorläufig alle Hoffnungen der Liberalen auf politischen Fortschritt nur auf diesem Wege beruhen. Dazu gehört die Reform des Verfassungsgesetzes und vor allem auch die Abfassung des Reichsvertrages in Bremen. Die politischen Umwälzungen erfordern natürlich auch Vorbereitungen. Es sei ein Fortschritt, daß in diesen Vorbereitungen in Vorderen und liberalen Politikern herangezogen werden seien. Sein Redner, Besuch in Vorderen habe ungewöhnliche Beachtung in der Presse gefunden. Leider sei es heute noch ganz verfehlt zu glauben, daß damit holländisches Wesen und demokratischer Geist im Norden mangelnd geworden seien. An dem guten Willen des Fürsten Bialostok bei der konfessionsliberalen Vereinigung sei es nicht zu zweifeln. In der preussischen Wahlrechtsfrage habe die konfessionsliberale Presse den Bedenken geraten, den Mund zu halten, weil es sie nichts angehe. Aber das Dreiklassenwahlrecht in Preußen sei die schlimmste politische Krankheit Deutschlands überhaupt. Er hoffe dabei, daß man dem großen Ziele des demokratischen Bewusstseins und des demokratischen Programms immer näher kommen werde. In der Diskussion habe zunächst Reichstagsabgeordneter Dr. Roßler (Frankfurt a. M.) namens des demokratischen Vereins in Frankfurt den Antrag, der Parteitag möge den Ausschuss der Deutschen Volkspartei und deren Vertreter in Berlin, sowie den Einigungsausschuss der drei freisinnigen Parteien aufsuchen, dahin zu wirken, daß die (von lange in Aussicht genommene, immer wieder verlassene große Einigungssammlung in Frankfurt a. M. nach der Eröffnung des Reichstages im November zustande komme. — Nachdem Reichstagsabgeordneter Payer erklärt hatte, daß alle freisinnigen Par-